**Konferenz
der Chefinnen und Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder
- Umlaufverfahren -**

Beschluss

(Stand: 31.01.2024)

Erarbeitung eines Modells für die Einführung einer Bezahlkarte mit bundeseinheitlichen Mindeststandards

Der Bundeskanzler und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder sind sich einig in der Zielsetzung, Barauszahlungen an Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) einzuschränken und damit auch Verwaltungsaufwand bei den Kommunen zu minimieren. Sie haben daher in ihrer Besprechung am 6. November 2023 die Einrichtung einer Arbeitsgruppe der Länder unter Beteiligung des Bundes beschlossen, die bis zum 31. Januar 2024 ein Modell zur Einführung einer Bezahlkarte mit bundeseinheitlichen Mindeststandards erarbeiten soll.

Als Ergebnis der Länder-Arbeitsgemeinschaft unter Beteiligung des Bundes und der Kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene fassen die Chefinnen und Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder folgenden Beschluss:

1. Die Länder werden schnellstmöglich eine Bezahlkarte mit bundeseinheitlichen Mindeststandards einführen. Die Ausgestaltung der Karte sowie die zu berücksichtigenden Mindeststandards wurden von den Chefinnen und Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder am 14.12.2023 konsentiert und ergeben sich aus den in der Anlage genannten Anforderungen.
2. Die Länder danken dem Bund, dass er sie bei der Einführung der Bezahlkarte unterstützt und sich bereit erklärt hat, die in der Anlage aufgeführten notwendigen Änderungen schnellstmöglich umzusetzen.

3. Die Länder Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen treten dem einheitlichen Vergabeverfahren bei und beauftragen die Dataport AöR mit der Durchführung eines Vergabeverfahrens zur Auswahl eines Dienstleisters für die Ausgabe und Beladung guthabenbasierter Debitkarten. Die Erstattung der Kosten für die Vergabe erfolgt nach dem Königsteiner Schlüssel, ggf. modifiziert nach der Anzahl der Länder. Die Kostentragung des Betriebes der Bezahlkarte erfolgt durch die jeweiligen Länder durch direkte Abrechnung mit dem Zahlungsdienstleister.
4. Die übrigen Länder bereiten ihre Vergabeverfahren jeweils in eigener Verantwortung und unter Berücksichtigung der bundeseinheitlichen Mindeststandards vor.

Anforderungen an die Bezahlkarte

- 1. Guthabenbasierte Karte mit Debit-Funktion (ohne Kontobindung)**
- 2. Bezahlkarte als Bargeldsurrogat, nicht als Kontoersatz**
- 3. Karte sowohl physisch als auch möglichst digital auf dem Smartphone**
- 4. Kein Einsatz im Ausland**
- 5. Keine Karte-zu-Karte-Überweisung**
- 6. Keine Überweisung ins In- und Ausland**
- 7. Möglichkeit des Ausschlusses/Einschränkung von Onlinekäufen außerhalb der EU und Money Transfer Services (z.B. Western Union), um Geldtransfer an Familien auf diesem Weg zu unterbinden → sofern technisch möglich**
- 8. Anschlussfähigkeit an das allgemeine Debit-Karten-Akzeptanzsystem**
- 9. Technische Anschlussfähigkeit zur Nutzung durch die Leistungsbehörden der Kommunen**
- 10. Der Kartenherausgeber muss sich vertraglich zur Einhaltung aller gesetzlichen Vorgaben, insbesondere hinsichtlich der Vorgaben durch die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) verpflichten.**
- 11. Zentrale Benutzerverwaltung durch Kartendienstleister (Hotline 24/7 wg. Sperrung, technischer Probleme, etc.). Die Kundenbetreuung sollte in verschiedenen Sprachen sichergestellt werden, insbesondere denen der Hauptherkunftsländer.**
- 12. Sperrung der Karte jederzeit auf Veranlassung der Leistungsbehörde (z. B. bei Missbrauch) bzw. durch den Leistungsbeziehenden selbst**
- 13. Verknüpfung der Karte mindestens mit der AZR-Nummer, um doppelte Ausstellungen zu verhindern, sofern dies in den Fachverfahren möglich ist**
- 14. Die Auftragnehmer müssen sich bereit erklären, ihr System etwa bei Gesetzesänderungen anzupassen**
- 15. Einfaches Aufladen durch Behörden per Überweisung (Echtzeitüberweisung muss möglich sein)**
- 16. Einsicht in den Guthabenstand durch den Leistungsberechtigten**
- 17. Bargeldabhebung nur im Inland über einen vorher definierten Betrag**

18. **Einsicht in den Guthabenstand des Leistungsberechtigten durch die Leistungsbehörde für eine Übertragung auf neue Karte im Falle des Kartenverlusts (Integration in die Fachverfahren der Leistungsbehörden, z.B. PRO-SOZ zur Vermeidung von doppeltem Erfassungsaufwand)**
19. **Ausreichung der Bezahlkarten an die Bedarfsgemeinschaft**
20. **Möglichkeit bundesweiter oder bei Bedarf nur regionaler Nutzung durch Einschränkung der PLZ**
21. **Design neutral und diskriminierungsfrei**
22. **Möglichkeit des Ausschlusses bestimmter Händlergruppen/Branchen**
23. **Die Nutzung der Karte muss für die Leistungsberechtigten auch ohne zusätzliche Gebühren möglich sein**
24. **Anschlussoption der Kommunen, so dass Karte nach Zuweisung aus EAE unmittelbar in Kommunen genutzt werden kann**
25. **Prüfen, ob Ausgabe der Karten dahingehend möglich sein soll, dass Blankokarten der Behörde vorliegen, die bei Bedarf von dieser aktiviert werden und sofort einsatzbereit sind, um die Vorhaltung von Bargeld auszuschließen**
26. **Bundeseinheitliche mehrsprachige Hinweise zur Kartennutzung für die Leistungsbeziehenden**

Bundesrechtliche Änderungen

27. **Klarstellung in § 3 AsylbLG, wonach sowohl der notwendige Bedarf als auch der notwendige persönliche Bedarf auch als unbare Abrechnungen bzw. im Wege einer Bezahlkarte erbracht werden können und kein Vorrang der Geldleistung in § 3 Abs. 2 und 3 AsylbLG besteht.**
28. **Klarstellung in § 2 AsylbLG, dass auch an Bezieher von Analogleistungen diese in Form einer Bezahlkarte erbracht werden können.**
29. **Darüber hinaus stellt der Bund sicher, dass auch in § 1 Abs. 4 Satz 5 (Überbrückungsleistungen), 1a Abs. 1 Satz 4 (Anspruchseinschränkungen) und 11 Abs. 2 Satz 3 AsylbLG (Reisebeihilfen) die Leistungsgewährung in Form von unbaren Abrechnungen oder einer Bezahlkarte möglich ist. Dabei muss die Möglichkeit nur Sachleistungen oder auch nur Geldleistungen (z.B. in Fällen einer Reisekostenbeihilfe, wo also nur kurzzeitig z.B. zur Weiterreise in ein anderes zuständiges Bundesland Leistungen gewährt werden) zu gewähren erhalten bleiben.**
30. **Änderung von § 3 Abs. 3 Satz 3 AsylbLG mit Möglichkeit der Direktzahlung von KdU und Heizung an Vermieter oder andere Empfangsberechtigte, um weitere Bargeldmöglichkeit einzuschränken.**

- 31. Änderung des § 3 Abs. 5 S. 1 AsylbLG notwendig, um bei den Auszahlungsmodalitäten Abstand von dem Wort „aushändigen“ zu nehmen.**
- 32. Nach Vorlage eines konkreten Bezahlkartenmodells wird der Bund prüfen, ob zusätzliche Rechtsgrundlagen für die Datenübermittlung von den für das AsylbLG zuständigen Behörden an den betreffenden Kartendienstleister erforderlich sind. Zudem könnten solche für die Einsichtnahme der Leistungsbehörde in den Guthabenstand erforderlich werden.**
- 33. Ausdrückliche Aufführung einer Bezahlkarte als Form der Leistung im AsylbLG.**
- 34. Nach Vorlage eines konkreten Bezahlkartenmodells wird der Bund prüfen, ob – neben den Änderungen am AsylbLG selbst – auch ggf. erforderliche Änderungen in den Regularien des Finanzmarkts notwendig sind (z. B. wenn sehr strenge Vorgaben der Geldwäsche für das spezielle Angebot einer Bezahlkarte angepasst werden müssen, um praktikable Lösungen zu ermöglichen).**